

Husserl und die Alltagswelt

Husserl und die Alltagswelt – zur Kritik der positivistischen Wissenschaften

Jürgen Bellers

Verlag Traugott Bautz GmbH
Nordhausen 2015

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

© Verlag Traugott Bautz GmbH
98734 Nordhausen 2015
ISBN 978-3-95948-070-3

„Wissenschaft schafft selbst die Probleme, die sie zu lösen vorgibt.“

F. Unruh, 1951 - 1994

Fußnote: Dieses Diktum kitzelte Prof. Unruh in seine Brückenmauer, als er in gewollter Verwahrlosung und Armut von einem Sozialarbeiter und dann von einem Pflegedienst aufgesucht wurde, weil diese in ihrem Studium gelernt hatten, daß Armut keine Tugend und Freiheit ist (wie das noch vor 400 Jahren der Fall war). Er wäre auch - wenn nötig - zu seiner Familie gegangen, wenn er Hilfe gebraucht hätte, nicht zum Blümschen „Pflegedienst“.

Inhaltsverzeichnis

Kritik der Wissenschaften	8
Notwendige Vorbemerkung	
Das Scheitern der technokratischen Einzelwissenschaften	8
Der planende Zugriff der Wissenschaften	10
Kurze Geschichte der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland	12
Der normativ-pädagogische Anfang	12
Das Aufkommen der empirischen und positivistischen Sozialwissenschaften	15
Marxismus und Kritische Theorie in den 70ern	18
Wissenschaftssoziologisches	22
Die Universität im Griff des Staates	22
Das Kartell der Großen Staat-Wissenschaft, oder: Die lieben Kollegen	27
Warum schottet sich gerade die deutsche Universität elitär ab?	32
Zum Selbstverständnis von Hochschulen	34
Auf dem Weg zu neuen Wegen: Erste Stolpereien	36
Unruh der Große	39
Der große Hua, oder: mein Freund Edmund	44
Vorläufer von Husserl	46
Soziale Askese als Voraussetzung von wahrhafter Wissenschaftlichkeit	48
Tabus – und wie man sie findet	52
Diverse Methoden der Sozialwissenschaften und deren Kritik	53
Korrelative Methoden	53
Das szientifisch-positivistische Verfahren	54
Holistische Methoden	56
Verstehende Methoden	60
Normative Methoden	67
Erhebungstechniken:	69
Befragung	70
Inhaltsanalyse	76
Events- und Transactions-Analyse	77
Spieltheorie	79

Alternative Methoden der Sozialwissenschaften	81
Politik als das Menschliche	81
Bild als Erkenntnismittel	82
Innovation durch Spinner	82
Psyche, Träume und Anthropon statt quantitativer Demoskopie	82
Medienanalyse als Beispiel	86
Krimis	92
Vom Alltag zum Typischen, das Typische im Alltag	95
Lebenserfahrung und common sense	98
Das Urerlebnis	102
Die schöne und weniger schöne Literatur als Erkenntnismittel und Spiegel der Gesellschaft	110
Was kann uns die Geistesgeschichte sagen? Beispiel Spanien	125
Lob des Stammtisches	129
Phänomenale Stufen des Seins in der Politik	130
Der rechte Weg: Juristerei als Jurisprudenz	132
Impressionistische und ironische „Analyse“	141
Religionsgeschichtlicher „Ansatz“	146
Wissen – Moral – Topik – Weisheit – Gott	159
Von den Typen zu den Topoi	159
Die Topik	160
Nagelprobe: Was ist Gerechtigkeit?	164
Neue Bildungspolitik: Auflösung der Universität zur Praxis hin	165
Kann uns Gott helfen? Nur mir oder allen?	166
Von der Phänomenologie zur Metaphysik	167
Die Rationalitätsfalle von Politik	168
Unruh-iges Gleichnis am Grenzübergang	169
Letzte Werke und Worte von Unruh	171
Gibt es außerhalb der Medien eine Realität?	171

Kritik der Wissenschaften

Notwendige Vorbemerkung

Der Titel des Buches verlangt nach Erläuterung? Warum Essay? Seit Montaigne ist der Essay – als „Versuch“ – eine literarische Form durchaus mit dem Anspruch auf Wahrhaftigkeit, nicht unbedingt auf Wahrheit (was immer das auch sei), mit der der Autor – bewusst als einzelne Person mit allen Stärken und auch körperlichen Schwächen auftretend – subjektiv seine Sicht der Dinge darstellt, oft aus der Situation heraus. Jenseits der Trennung von Subjekt und Objekt, bis zum Wühlen von Montaigne in den eigenen innerlichen Gefühlen und körperlichen Gebrechen, unter denen er leidet. Man ist skeptisch gegenüber der modernen Wissenschaft, die alles vom beobachtenden Feldherrnhügel hoher, abstrakter Wissenschaftlichkeit aus der Ferne wie mit dem Fernrohr beäugt und kritisch bemisst.

In diesen Essay hier fließen meine Gefühle und Empfindungen bewusst ein, ich kann sie ohnehin nicht ausschalten, meine langen Erfahrungen in den Wissenschaften an mittlerweile sechs Universitäten im In- und Ausland. Und vor allem die von F. Unruh, einem Politikwissenschaftler, der mich sehr geprägt hat und an dessen Lebensweg ich das aufzeigen will, was vielleicht gelungene Wissenschaft sein könnte – bei aller Skepsis und Selbstironie, die nicht abzustreiten sind. Es steckt ein tiefer Kern von Wahrheit in Unruh. Auch der Leser sollte nicht ohne Distanz und ohne Unernst zu Unruh stehen, ihn aber doch achten.

Zunächst werde ich jedoch auf einige Grundzüge moderner Wissenschaftlichkeit eingehen. Dann gilt es neue Wege aufzuzeigen, oder soll ich sagen: zu weisen?

Das Scheitern der technokratischen Einzelwissenschaften

Es ist ein eigentümlich Ding: Auf der einen Seite nehmen wir alljährlich die Gutachten des Rates der Wirtschaftsweisen wie eine Art von heiligen Testamenten entgegen, so wie ohnehin bei uns die Wirtschaft einen gottähnlichen Charakter hat: money makes the world go round. Auf der Basis mathematischer Modell versucht das sogar gesetzlich vorgeschriebene Beratergremium der Bundesregierung - wie Pythia - die Zukunft vorherzusagen, was aber meist grandios scheitert, woran die Wirklichkeit, nicht die Wissenschaft schuld ist! Die Politikwissenschaft strebt in Teilen diesem wissenschaftlichen Ideal nach. Nur die Soziologie scheint hier mehr immun zu sein, da sie sich nicht mit Groß- und Hochkomplexen wie Wirtschaft und Regierung befasst, sondern in großen Teilen mit dem Alltag der kleinen Menschen vor Ort. Das macht realistisch. (Auch die Rechts- und Literaturwissenschaft sind hier wirklichkeitsnäher, da sie ständig mit den

bodenfesten Urteilen von Richtern und lebenssatten Romanen, Dramen und Gedichten hautnah konfrontiert sind. So ist auch die Betriebswirtschaftslehre – Lehre, nicht Wissenschaft. Auch die Didaktiken aller Fächer sind lobend zu erwähnen, da sie immer daran denken müssen, dass Kinder und Jugendliche irgendwann einmal ihr Zeug verstehen müssen. Allerdings sind in der gymnasialen Oberstufe die Lehrbücher oft sehr komprimiert geschrieben, man versteht sie kaum noch, hier wollen Didaktiker ihren nicht-didaktischen Kollegen beweisen, dass sie auch Wissenschaftler sind. Das ist aber nur in Deutschland so, Volk der Dichter und Denker, das lange Zeit in der Politik nichts zu sagen hatte und sich daher in den goetheanischen Himmel ewiger Werte zurückzog.)

Andererseits – geht man in die Betriebe oder in die Parteizentralen -, so kichert man dort auf der Managementebene über die abstrakten, lebensfremden Theorien der Ökonometrie und Politologie. Das habe mit dem Leben und Handeln hier nichts zu tun. Zumal auch hier nicht unbemerkt bleibt, dass die Prognosen der Weisen eher selten korrekt oder mit so vielen Klauseln versehen sind, dass immer andere verantwortlich sind, wenn die Vorhersagen nicht stimmen. Es ist schon fast lustig und komisch, wenn eine Vorhersage lautet, die Entwicklung werde so und so gehen, wenn die Gewerkschaften nur niedrige Löhne fordern werden. D.h. man schreibt der Wirklichkeit vor, wie sie sich entwickeln soll, damit die Prognose stimmt. Und schilt sie, die Wirklichkeit, dann, wenn sie anders verläuft. So als würde man sagen: morgen scheint die Sonne, wenn keine Wolken kommen werden. Wir im Alltag leben sowieso außerhalb der Kreise, für die die Weisen bedeutsam sind, oder genauer: diese tun so, als wären sie bedeutsam. Aber sie gehören eher zum Überbau über unserer Gesellschaft, der sich aus Politik- und Wissenschaftshöhen gebildet hat, der über uns wabert und der uns sogar vorschreiben will, was wir zu tun haben (siehe Gewerkschaften).

Das ist sicherlich ein eigentümliches Phänomen, der Glaube an die Wirtschaftswissenschaft trotz ihres Scheiterns, bedenkt man auch den Misserfolg ihrer Empfehlungen in der Wirtschaftspolitik der Bundesregierungen seit 1975. (Auch die Naturwissenschaften sind davon nicht unbetroffen, denkt man an die Unsicherheiten über den Kosmos – Hawking oder ...? Auch das ist wohl eher eine philosophische Frage, die man letztlich nur religiös und damit jeder für sich beantworten kann: Gott oder Kosmos?; Gott im oder als Weltall?; oder ... oder ... oder Und wo die Naturwissenschaften exakt sind, wie in der Genetik, kann man schon geradezu Angst bekommen, wenn man an zukünftig neu konstruierte Menschen denkt mit Riesenohren, damit sie besser hören können. Die Probleme von Rotkäppchens Großmutter = Wolf wären dann gelöst!)

Mittlerweile haben wir ja – was die VWL betrifft - alle nur möglichen wirtschaftswissenschaftlichen Rezepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit durchprobiert – mit nur mäßigem Erfolg. Aber man betet weiter die

Wissenschaft an. Warum? Oder hat doch Marx recht, dass die zunehmende Technologisierung die Gewinne schmälert (sinkender Fall der Profitrate) und dadurch die Investitionen verringert oder ins Ausland abwandert? Aber das will man nicht hören. Aber was soll dann die Wissenschaft, wenn sie ohnehin – wenn auch wohl unbewusst und nicht gewollt - die Interessen der Unternehmer vertritt? Ähnliche Fragen sind an die Politikwissenschaft zu stellen, an der zumindest die meisten Politikwissenschaftler glauben, die Politiker aber schon weniger, eher nur in größter Not oder, wenn sie der Unterstützung für die eigene Position dient. Darauf wird noch einzugehen sein. Hier wirkt auch das, was man früher Ideologie nannte, das sind Aussagen über die Wirklichkeit, die so sind, dass sie auch bestimmten Interessen entsprechen. Nicht im Sinne einer Beeinflussung der Wissenschaft, nein, die Wissenschaftler sind überzeugt von dem, was sie schreiben. Um so schlimmer also! Es geht um eine geistige und auch emotionale Übereinstimmung zwischen beiden Seiten, dass bestimmte Dinge so sind, wie sie sind, z.B. dass der Mensch immer mehr konsumieren will, dass die menschlichen Bedürfnisse nie zu befriedigen sind ..., dass Politik sich daran zu orientieren hätte, nicht hinterfragte Grundvoraussetzungen einer liberalen Gesellschaft, die aber erst so sind, seitdem es die liberale Gesellschaft gibt, wie Konservative stets betonen und betonten - , mit all dem, was dann daraus folgt, aber mittlerweile als selbstverständlich und unveränderlich angenommen wird.

Der planende Zugriff der Wissenschaften

Die Wissenschaft der Vormoderne hörte auf, lauschte zur und schaute in die Natur, die den Menschen umgibt. Sie war und ist wie heute noch immer die von Gott geschaffene Natur und daher heilig. Wir in Westeuropa haben das nur vergessen, und Gott straft uns dafür, indem er Touristen am indischen Ozean durch Superwellen wie schon während der Ersten Sintflut tötet? Ist die Zerstörung des World Trade Centers aus der Perspektive der Apokalypse des Johannes zu interpretieren? Oder? Wie kann man das sonst theologisch erklären, wenn man unbestreitbar notwendigerweise davon ausgehen muß, dass Gott allmächtig ist? Warum kann so etwas passieren?

Der europäische Mensch hat sich jedoch seit der Aufklärung vorgenommen, in frevlerischer Hybris neue Türme zu Babel zu bauen, die Welt zu vergöttlichen, den Menschen gottgleich zu erheben. Denn die Welt – so Heine und Feuerbach und Marx in der Mitte des 19. Jahrhunderts – soll zum Paradies werden, durch Menschen Hand, man will sich nicht mehr durch Religion verträsten lassen – angeblich. Nietzsche erklärte dann Gott für tot, und Nationalsozialismus und Stalinscher Marxismus wollten in ihrem Nihilismus eine Welt ohne Feinde schaffen (ohne Juden, ohne Klassengegner usw.) – so die Ideologie.

Die moderne Wissenschaft – ob nun liberal oder links oder rechts - ist Teil dieses Projektes, weiß es aber weitgehend nicht. Sie hat die Gottesferne zur

Grundlage und nennt das Positivismus (z.B. auch in der Form des Rechtspositivismus eines Kelsen). Der Atheismus wird damit undeklariert normative und unbegründete sowie unbegründbare Annahme dieser Wissenschaften. Demnach hat die außermenschliche Natur kein Eigenrecht mehr (wie oben dargelegt), sondern wird – seit Bacon und Descartes – zum „Gegen-stand“, zum Objekt, das man manipuliert und gemäß den menschlichen Bedürfnisse ummodelt, letztlich bis zur Züchtung von Menschen, wie das die moderne Genforschung unternimmt.

Auch die Sozialwissenschaften sind Teil dieses „Projektes“ (alles könne man alles machen!). Aristoteles (und die Politikwissenschaft in seiner Tradition) wussten noch, dass die Politik höchstens wie ein Gärtner wirken kann, der die Natur (des Menschen) so nehmen muß, wie sie ist. Man kann fördern, ein wenig regulieren – mehr nicht. Die moderne Sozialwissenschaft will jedoch die „neue Gesellschaft“: Schon Machiavelli beschrieb oder erdachte – so ein Teil seines Werkes - Regeln, wie man einen Herrscher an die Macht bringen und in ihr halten könne. Gleichgültig, zu welchem Zweck diese Macht ausgeübt würde. Die normative Frage nach Gut und Böse wurde als unwissenschaftlich und empirisch nicht beantwortbar abgekoppelt. Auch Kant entwickelte die wertfreie Wissenschaft gemäß dem Vorbild der Physik Newtons, und rettete Werte und Moral nur noch außerhalb der Wissenschaft über seine praktische Philosophie. Und dort nur über die abstrakte und lebensfremde Pflichtregel des Kategorische Imperativs! Aber wer handelt moralisch, wenn ihm nur die Pflicht dazu treibt? Moral entstammt dem, was wir von Kindheit an als moralisch zu tun gewöhnt sind – so Aristoteles. Und das lernen wir von den Eltern und später von unserer Umwelt.

Die kameralistische Staatswissenschaft des 18. Jahrhunderts – die Politikwissenschaft der damaligen Zeit, genannt Policywissenschaft – und die sog. Statistik (abgeleitet von „Staat“), ein Vorläufer der Soziologie, hatte zwar noch normative Ziele, nämlich die aufgeklärte Um- und Bessergestaltung der Gesellschaft, aber war wieder der erwähnte Eingriff in Natur und Gesellschaft, dessen Rechtfertigung nur vor dem Hintergrund des neuen, bürgerlichen liberalen Weltbildes möglich ist, denn warum soll man alles umgestalten. Es war das partielle Interesse der neuen bürgerlichen Klasse, der sich Wissenschaft und Politik unterordneten. Liest man die Schilderungen des Freiherrn von der Marwitz aus dem Mecklenburg zu Beginn des 19. Jahrhunderts, so wollten die Bauern gar nicht zur Schule gehen, oder sich regelmäßig waschen usw. Warum auch? Auch ich habe in meiner Kindheit und Jugend beides als Last empfunden und erst widerwillig angenommen. Bis heute lerne ich höchst ungern neue EDV-Programme, die alten sind stets genügend für mich ...

Comte, der Begründer der positivistischen Soziologie, gründete im 19. Jahrhundert sogar eine positivistische Kirche einer neuen wissenden Elite, die diese neue Gesellschaft gestalten und feiern sollten. Und wenn man sieht, wie sich heutzutage die liberale Wirtschafts- und Wissenschaftselite des „Westens“ (IWF, WTO) daran macht, forciert die traditionale Landwirtschaft des „Südens“

aufzulösen und in die kapitalistische, arbeitsteilige Weltmarktwirtschaft einzugliedern, so hat sich nicht viel geändert: man verspricht dadurch langfristig Großen Reichtum für alle, wie im atlantischen Raum, aber erst langfristig. Wie viele Menschen werden während dieses wohl erfahrungsgemäß 100-jährigen Prozesses schlicht und einfach verelenden und verhungern (wie es ja auch in Westeuropa war)? Kann man das verantworten, denn die alte Gesellschaft war ja nicht nur Elend, sie war wahrscheinlich insgesamt nicht schlechter als die kapitalistische. Letztlich verfährt der Liberalismus hier utopisch, wie er ansonsten seinen Gegnern vorwirft: für ein fernes Ziel muß man große Opfer bringen, wie einem Gott, den man so beruhigen will. So sind ja auch die Geheimformeln der Volkswirtschaftslehre – und alle folgen dem Weihrauch ...

Die Politikwissenschaft ging zunächst infolge dieses Prozesses einer zunehmenden wertfreien Entwicklung der Wissenschaften unter und konnte im 19. Jahrhundert nur als Teilfach der per se normativen Rechtswissenschaften überwintern. Als sie in den 1950er Jahren nach der großen europäischen Katastrophe des Nihilismus wieder erwachte oder erweckt wurde, blieb sie zunächst auch in traditionell geistesgeschichtlich normativem Rahmen, wurde aber schnell vom empirisch-„wertfreien“ Trend erfasst. Das soll im nächsten Kapitel dargestellt werden.

Kurze Geschichte der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Der normativ-pädagogische Anfang:

Seit Beginn der 1950er Jahre wurden – u.a. auf Drängen der amerikanischen Besatzungsmacht und der SPD - politikwissenschaftliche Lehrstühle und Institute an den Universitäten errichtet - und zwar aus einer ähnlichen Situation heraus wie 1918/1919. Es galt, den zweiten deutschen Versuch zur Errichtung einer Demokratie wissenschaftlich, bildungspolitisch und erzieherisch zu begleiten und zu unterstützen. Dies sowie die Einführung sozialkundlicher Fächer an den Schulen (für die die universitäre Politikwissenschaft u.a. die Lehrer ausbildete) sind im Zusammenhang der Umerziehungs-Bemühungen insbesondere der amerikanischen Besatzungsmacht (Demokratisierung, Entnazifizierung) zu sehen: Die Deutschen sollten nach der Nazi-Zeit zu Demokraten erzogen werden.

Deutscherseits wurde die Einführung der Politikwissenschaft von einer Reihe von deutschen Emigranten aus den USA, die mit den Erfahrungen der alten amerikanischen Politikwissenschaft zurückgekehrt waren, sowie vor allem von sozialdemokratischen Bildungspolitikern gefordert und gefördert. Dabei stieß man allerdings auf erhebliche Widerstände seitens traditioneller Wissenschaftsdisziplinen, die um ihre Pfründe fürchteten, z.T. daher die Existenz eines eigenständigen Gegenstandsbereichs "Politik" bestritten, dieses

besser bei den Juristen und Historikern untergebracht glaubten oder die Politikerziehung besser an den Pädagogischen Hochschulen aufgehoben fanden. Trotz der anfänglichen Widerstände expandierte das Fach - vor allem wegen des Bedarfs an Sozialkundeflehrern - vergleichsweise schnell:

Für das Jahr 1960 sind bereits 24 Professuren zu verzeichnen (1965: 51; 1975: 133; 1985: 278). Mitte der 60er Jahre waren fast 1500 Studierende in Politikwissenschaft immatrikuliert (gegenwärtig über 20000 Hauptfach--Studierende). Die Konferenzen von Waldleiningen (1949) und Königstein (1950) legten erste inhaltliche Grundlinien des neuen Faches fest 1959 wurde die Hochschule für Politik als Otto-Suhr-Institut (aus der Zeit der Weimarer Republik) in die Freie Universität Berlin integriert

Die Anfangsphase der Politikwissenschaft in den 50er und 60er Jahren war von wenigen Persönlichkeiten geprägt, die um sich Schulen bildeten, deren Schüler als Professoren die Disziplin der 60er und 70er Jahre wesentlich mitgestalteten. Genannt seien hier die Schulen um Bergsträsser in Freiburg, u.a. um Sternberger in Heidelberg, um Vögelin in München, um Hermens in Köln und um Abendroth in Marburg.

Sieht man von der marxistisch beeinflussten Schule um Abendroth ab (sie hatte aber immerhin noch eine Vorstellung von gesamtgesellschaftlicher Ganzheit), so gingen diese Schulen, die bis heute weiter wirken, von einem normativen, wertbezogenen und z.T. ontologischen Politikverständnis aus. Sowohl in methodischer als auch in inhaltlicher Hinsicht war die Politikwissenschaft dieser Zeit grundlegend normativ ausgerichtet – politischen und individuellen Verhaltensvorschriften, die aus dem natürlichen und sozialen Leben (= ontologischer Grundlage) abgeleitet wurden. Um ein zu einfaches Beispiel zu bringen: nur Mann und Frau können Kinder gebären, sie gehören zusammen, daher ist die Familie als hoher Wert von der Natur (Gottes) vorgegeben. Und die Frau kann allein Mutter sein, sie hat durch die Schwangerschaft ein natürlicherweise ein sehr enges Verhältnis zum Kind, so dass sie zur Erziehung prädestiniert ist.

Die Politikwissenschaft der damaligen Zeit verstand sich als "Königs-" und "Integrationswissenschaft", die die eigenen Forschungen sowie das Wissen anderer Wissenschaften wertbezogen auf die Frage hin zu bündeln, zu integrieren habe, wie Demokratie und Freiheit und ethisch gutes Leben möglich sind. Die Welt war noch in Ordnung, eine heile Welt, was hier durchaus nicht ironisch gemeint ist.

Die normative Zielsetzung zeigte und zeigt sich insbesondere in den ideengeschichtlichen Analysen zum Ursprung der Demokratie bei den Griechen sowie überhaupt in anthropologischen Abhandlungen zum Ursprung von Herrschaft und zur geistesgeschichtlichen "Ortsbestimmung der Gegenwart". Darüber hinaus ist der normative Anspruch- allerdings nicht so offen und so bewußt - in empirischen (=beobachtungsbezogenen) sowie historischen Arbeiten über den Kommunismus und den Faschismus/Nationalsozialismus (braun=rot) präsent, die beide gleichermaßen als totalitäre, menschenverachtende

Perversionen von Herrschaft begriffen und geistesgeschichtlich in eine Linie von Rousseau über Hegel bis Marx eingeordnet wurden.

Der angelsächsische Demokratietyp parlamentarisch-liberaler Art, insbesondere der Großbritanniens, wie er für die Bundesrepublik prägend wurde, erschien demgegenüber als die ausgewogene, normativ gebotene Mitte zwischen den Extremen rechter und linker Provenienz. Die Bedingungen der Stabilität dieser Regierungs- und Gesellschaftsform wurde insbesondere von Fränkel untersucht so wie Bracher die Ursachen des Scheiterns der Republik von Weimar historisch analysierte. Man sah den Erfolg einer parlamentarischen Demokratie insbesondere durch ein funktionierendes pluralistisches System gewährleistet, in dem sich alle wesentlichen gesellschaftlichen Interessen und Kräfte zu Parteien und Verbänden formieren. Diese kontrollieren sich wechselseitig und bilden - so die Vorstellung - ein Gleichgewicht, sodaß kein Interesse das alleinige Sagen hat, wenn auch vernachlässigte Interessen von weniger durchsetzungsfähigen Gruppen nicht gelehnt wurden. Aus diesen Auseinandersetzungen könne dann die jeweilige Regierung - quasi als Querschnitt der Interessen - das Gemeinwohl destillieren und realisieren. Das Gemeinwohl, d.h. die politischen Maßnahmen, die es zum Wohle aller oder zumindest der meisten zu verwirklichen gilt, wird also nicht von der Regierung autonom bestimmt, sondern ergibt sich als ein Kompromiß der Interessen, der von dieser Regierung gebildet wird. Man nennt das eine Gemeinwohlfindung "ex post", erst nachher als Resultante der Interessen gebildet. Unter dem pragmatischen Einfluß der angelsächsischen Demokratien wurden Gemeinwohldefinitionen „a priori“ (von vornherein gegeben) abgelehnt, da man befürchtete – so insbesondere Popper -, das könne nur zu den totalitären Diktaturen des Stalinismus und Nationalsozialismus führen. Diese hatten ja gerade zur Grundlagen, dass das vermeintliche Gemeinwohl (Sieg der Arbeiterklasse oder der arischen Rasse) durch die Geschichte oder die Biologie undiskutierbar vorgegeben sei. Diese Kritik ist sicherlich richtig. Aber dass auch bei Platon und im Christentum das Gute, das Gemeinwohl als Ziel von Politik zentral ist, wird hier schon vergessen, eine Vorstellung des Gemeinwohls allerdings, die nicht vorschnell mit irgendeinem konkretisierten Ziel gefüllt wird, sondern eher als vorsichtig nur umreißbare ferne Größe, die als Leit- und Grenzbegriff dienen kann, so wie das Sehen des Lichtes in der Höhle des Platon die Sonne, die Wahrheit, die Menschen zunächst einmal „nur“ erschüttert und zur Umkehr, zum Neusehen der Dinge und Menschen veranlasst, freiwillig zwingt. Bei Aristoteles ist das Gute jedoch schon konkreter gezeichnet. So ist eine seiner grundlegenden Bestimmungen die, dass der Mensch ein *zoon politicon* – ein geselliges Wesen - sei, ein unabdingbar Bedingung von Menschsein, eine anthropologisch Nichtwegdenkbares, denn wir können nur in Gemeinschaft leben und überleben: Wir sind alle von Mütter geboren und von Vätern versorgt worden. Die liberale Vertragstheorie vergisst das allzurecht, indem sie annimmt, wir seien erst durch Vertrag (mit den Eltern?) „Gesellschaft“mitglieder geworden und könnten diesen Vertrag auch jederzeit kündigen – natürlich eine gänzlich unsoziologischer

Betrachtungsweise, auch wenn die Liberalen aller Art bekenn, diese Vertrag sei nur fiktiv anzunehmen. Aber was soll er dann überhaupt noch? Über das, was nicht ist, sollte man auch schweigen.

Wichtig waren auch bewusst normative, didaktisch einführende Werke in die institutionelle Gesamtstruktur der jungen Bundesrepublik sowie einzelner ihrer Institutionen (Ellwein, später Sontheimer), die in der Tradition der Politischen Bildung standen (Hättich). Den Bürgern mußte die Funktionsweise des politischen Systems nahe gebracht werden, sollten sie ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen können. Dazu wurden auch eine Reihe von Zeitschriften gegründet, u.a. z.B. die "Sozialwissenschaftlichen Informationen", die von G. Hufnagel herausgegeben werden. Ende der 50er Jahre und in den Sechzigern wurden die institutionellen Analysen zunehmend mit Einzeluntersuchungen zu konkreten Entscheidungsprozessen sowie zu den sozialen und ökonomischen Bedingungen von Politik unterfüttert. Wie kam es zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, wer war maßgebend, inwieweit konnte die Wirtschaft die Entscheidungen beeinflussen?

Damit wurden Ansätze aufgegriffen, wie sie schon seit längerem durch die empirisch-soziologisch und ökonomisch orientierten Politologie eines Franz Neumann, eines Otto Suhr und eines Otto Stammer vertreten waren.

Damit kommen wir aber auch bereits zur zweiten, hier idealtypisch herausgearbeiteten Etappe der Nachkriegsgeschichte der Politikwissenschaft.

Das Aufkommen der empirischen und positivistischen Sozialwissenschaften

Politikwissenschaft als Sozialwissenschaft verstanden, wie sie in den USA dominiert, steht in der Cartesianischen und Kantischen Tradition. Alle Wissenschaften werden als Teile einer Einheitswissenschaft begriffen, in der nach dem Vorbild der exakten Naturwissenschaften geforscht werden soll. Nur das, was direkt oder indirekt beobachtet, wahrgenommen werden kann, soll einer wissenschaftlichen Behandlung zugänglich sein. Normen und Werte gelten daher als nicht wissenschaftsfähig und als wissenschaftlich nicht beweisbar, da sie nicht beobachtbar sind: "Du sollst ..." ist eine Forderung, die man nicht sehen, sondern höchstens in der Zukunft befolgen kann. (Die Normen, wie sie in einer Gesellschaft mehrheitlich vertreten werden, sind natürlich durch Befragung u. dgl. feststellbar, sie stellen allerdings keine konkrete Forderung an das Individuum dar, sie werden nur festgestellt.) Damit wurde ein verhängnisvoller Weg beschritten, der unter dem Label der „Wertfreiheit“ die normative Bindung von Wissenschaft preisgibt und sich mit den Scheinpräzisionen ggf. mathematisierter „sozialer Physik“ begnügt. Alles wird nun als System betrachtet, sei es der Körper oder das Sonnensystem oder eine Latze oder der Mensch oder das politische System. Aber – ist der Mensch eine Laus? Ja, wenn man nur das Sichtbare des Menschen nimmt, dann funktioniert er ähnlich. Aber der Mensch hat auch autonomen Geist, Seele, Religion usw.,

was nicht Naturwissenschaft nivelliert und wegdefiniert werden kann.

Wissenschaftsfähig und wissenschaftlich erforschbar sei angeblich nur das,

1. was ein Korrelat, einen Bezug zur empirisch, beobachtungsgemäß; feststellbaren Realität hat
2. was - wie in den Naturwissenschaften - mit einer gewissen Regelmäßigkeit vorkommt, so daß es in Gesetzen oder zumindest Gesetzmäßigkeiten und wahrscheinlichen Trends (Generalisierungen) formuliert werden kann: "Immer, wenn die wirtschaftlichen Erwartungen von Mittelschichten enttäuscht werden, kommt es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu politischen Umbrüchen". Diese Gesetzmäßigkeit entspricht dem naturwissenschaftlichen Gesetz: "Immer, wenn ich den Stein loslasse, fällt er aufgrund der Erdanziehungskraft zu Boden." Alles ist gleich – so die schlichte Botschaft. So wie der Liberalismus alles gleich macht, indem er alle sozialen Beziehungen in geldmäßige Vertragsbeziehungen auflöst. Das wissenschaftliche Pendant zu einer materialistischen Konsumgesellschaft ist der Positivismus dieser Art.

Dieses Wissenschaftsverständnis läuft der aristotelisch ausgerichtete Politikwissenschaft diametral zuwider: diese hält Gesetzmäßigkeiten in Geschichte und Politik nur für begrenzt möglich, da Politik und Geschichte kontingent seien, d.h. nicht Gesetzen unterworfen werden könnten. Es ist einmal so - und ein andermal anders. Menschliches handeln sei frei und damit nicht berechenbar. Zudem werden Normen auch im Rahmen von Wissenschaft als begründbar betrachtet - auf der Basis der - wie ausgeführt - teleologisch-ontologischen Struktur des Seins.

Das Programm der empirischen Sozialwissenschaften ist das Wissenschaftsprogramm des Positivismus oder des Kritischen Rationalismus, wie es mit großem Einfluß in der Politik und Politikwissenschaft der Bundesrepublik von Popper und Albert begründet wurde und bis heute dominiert.

Das Streben nach gesetzmäßiger Generalisierung ist allerdings im positivistischen "Lager" unterschiedlich ausgeprägt. Am geringsten ist es Z.B. bei den zahlreichen vergleichend angelegten Regionalstudien (area studies) und Analysen von Regierungssystemen zu verzeichnen. Hier erhofft man sich erst längerfristig über die Analyse der Unterschiede und Gleichförmigkeiten der untersuchten Gegenstandsbereiche vorsichtig generalisierende Aussagen über die Bedingungen des Entstehens, Bestandes und Untergehens bestimmter politischer Systeme (z.B. Kevenhörster).

Am stärksten positivistisch orientiert ist die quantitativ-statistisch verfahrenende Politikwissenschaft, die eng an die Soziologie angelehnt ist (Deutsch, Frei, Eberwein, Wittkämper, Weede, Pappi, Kaltefleiter, Scheuch, Herz u.a.). Sie versucht, politische Ereignisse und Prozesse nach Möglichkeit in Zahlen zu fassen. Indikatoren, Kennziffern, Daten, die Prozesse, z.B. den Handelsumfang, anzeigen (indizieren), können z.B. sein: Zahl der Regierungswechsel pro Jahr,

Höhe der deutschen Entwicklungshilfe an ein Entwicklungsland; Maß der politischen Unterstützung für eine Regierung seitens der eigenen Bevölkerung (u.a. meßbar durch systematische Befragung dieser Bevölkerung), usw. Solcherart Datenreihen, die meist nur noch mit einem Computer zu bewältigen sind, können dann in einem weiteren Schritt durch spezifische mathematische Verfahren (Korrelationsanalysen) so mit einander in Beziehung gesetzt werden, daß präzise Aussagen über die Stärke des Zusammenhanges zwischen den Indikatoren möglich werden, beispielsweise dahingehend, daß zwischen der Vergabe verstärkter Entwicklungshilfe an ein Land und dessen politischer Stabilität ein Zusammenhang besteht. Das genannte mathematische Verfahren kann hier nur einen Zusammenhang, kein Ursache- Wirkungsverhältnis aufzeigen, das muß eigens betont werden.

Ein solches Ergebnis ist daher nur dann sinnvoll kausal (ursächlich) interpretierbar, wenn es in einen größeren theoretischen Zusammenhang eingeordnet werden kann, z.B. über das außenpolitische Verhalten von Staaten, das - so sei hier als Hypothese vermutet - darauf zielt, möglichst stabile und vorhersehbare und friedliche Bedingungen in der internationalen Umwelt zu schaffen, da nur so längerfristig internationaler Handel betrieben werden könne. Denn Kaufleute vertreiben nur dann international ihre Produkte, wenn sie einigermaßen sicher sein können, daß dieser Vertrieb nicht durch internationale Konflikte oder Kriege zerstört wird. Der erwähnte empirische Zusammenhang ist eine mögliche Bestätigung dieser theoretischen Vermutung: Entwicklungshilfe gibt man nur dorthin, wo Stabilität herrscht und Sicherheit für die Entwicklungsprojekte besteht.

Politisch am einflußreichsten war und ist diese statistisch orientierte Politik- und Sozialwissenschaft in der Wahlforschung (Wildenmann, Klingemann, Kaase, u.a.), in der gut z.B. die Einkommenslage einer Person mit deren Wahlverhalten in Bezug gesetzt werden kann.

Allerdings ist festzustellen, daß solche statistischen Analysen oft nur Banalitäten bestätigen, die der normale Mensch auch zuvor wusste, oder zu abstrusen, jedoch ernst gemeinten Ergebnissen kommen, die durch den Wissenschaftsjournalismus geistern (z.B. den Zusammenhang zwischen Zahnschmerzen und Naselaufen).

Zahlreichen Sozialwissenschaftlern dienen Systemtheorien verschiedenster Provenienz (Parsons, Easton, Etzioni usw.) - wie sie Ende der 60er Jahren von Narr und Naschold in der Politikwissenschaft der Bundesrepublik heimisch gemacht wurden - als der theoretische Bezugsrahmen, in den sie ihre empirisch-statistischen Ergebnisse einzuordnen und damit kausal zu erklären versuchen. Diese Theorien konzeptualisieren, begreifen nationalstaatlich organisierte Gesellschaften - und der Nationalstaat ist die dominante Vergemeinschaftungsform unserer Zeit - heuristisch (versuchsweise) als eine hypothetische (angenommene) Gesamtheit, die in verschiedene untereinander zusammenhängende Sub- und Teilsysteme, Teileinheiten untergliedert ist: in

Wirtschaft, Kultur, Erziehung und Politik. Diese Subsysteme erfüllen spezifische Funktionen untereinander und für den Erhalt des Gesamtsystems. Die Kultur Z.B. vermittelt, tradiert grundlegende Wertvorstellungen einer Gesellschaft von einer Generation zur nächsten.

Das politische Subsystem im besonderen hat die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der autoritativen Wertallokation, d.h. der verbindlichen Zuweisung, bzw. Nicht-Zuweisung materieller und immaterieller Werte (steuerliche Vorteile, Subventionen, Zugang zu Bildungsabschlüssen usw.) zu bestimmten sozialen Gruppen, Regionen und Institutionen. Das politische Subsystem muß - um seine Funktionen adäquat erfüllen zu können und die Stabilität des Gesamtsystems zu sichern - die Bedürfnisse und Interessenartikulationen ("inputs") der anderen Subsysteme aufnehmen, verarbeiten und zu Entscheidungen ("outputs") verdichten, die die Bedürfnisse zumindest z.T. befriedigen. (Inputs und outputs sind prinzipiell quantifizierbar. Man kann zählen, wie viele Entscheidungen=Gesetze in einem Jahr gefällt werden, und man kann auch zählen, wie viele Eingaben u. dgl. von Verbänden an die Politik gerichtet werden.) Wenn die Politik diese Aufgabe zufriedenstellend erfüllt, so erhält sie - so die wohl etwas naive Konzeption - quasi als "Gegenleistung" die Zustimmung und Unterstützung seitens der anderen Subsysteme, seitens der Bevölkerung, seitens der Wirtschaft. Ohne solche Unterstützung sind demokratische Systeme und Regierungen heutzutage nicht mehr überlebensfähig.

Aber kann das Politik sein? Sagt die Zahl der Gesetze etwas über den Wert einer Politik aus? Ist die Inhaftierung eines Bürgers ein staatlicher Output? Ist Politik nur die Verteilung oder Nichtverteilung von Werten? Ist sie nicht auch ein geistiger Bezug, eine majestas, eine geglaubte Autorität, die mich ggf. auch sogar zwingen muß, im Krieg zur Verteidigung meines Vaterlandes mein Leben für die Gemeinschaft zu opfern? Kann ein System geliebt werden? Kann ein System von mir Opfer fordern? Muß es nicht vielmehr ein gelebter Staat mit einer Wertordnung sein? Das Ganze ist fast schon zum Lachen ... put put put ..., krächzt die politikwissenschaftliche Ente aus Wilhelm Buschs „Max und Moritz“.

Marxismus und Kritische Theorie in den Siebzigern als kurze Episode ohne Wirkung

Ende der 60er und in den 70er Jahren wurden die Systemtheorie und der Positivismus insgesamt insbesondere von marxistischen Wissenschaftlern sowie von der marxistisch und von der DDR in Teilen inspirierten Studentenrevolte angegriffen. Denn der Systemtheorie und der positivistischen Methode liege - so die Argumentation - immanent, unabwendbar ein Streben zugrunde, die jeweilige Gesellschaftsform zu stabilisieren, weil sich die Theorien am bestehend Gegebenen orientierten: Man gehe vom existierenden System aus

oder überhaupt vom sinnlich Gegebenen=Positiviertem. Und das war aus marxistischer Sicht die kapitalistische Gesellschaftsform der Bundesrepublik, die es gerade in ihren Folgen einer Ausbeutung und Verelendung des nationalen und internationalen Proletariats (in der Dritten Welt) mit geschichtsphilosophischer Blickrichtung auf die sozialistische Gesellschaft hin zu überwinden galt. Auch die hoch industrialisierten Wohlstandsgesellschaften des kapitalistischen Nordens waren aus dieser Sicht Gesellschaftsformationen, die die eigene Arbeiterschaft, aber auch und vor allem die Armen der Dritten und Vierten Welt ausbeuten, d.h. des ihnen ökonomisch Zustehenden berauben würden (Marxsche Arbeitswertlehre).

Allerdings bestand eine Haßliebe zwischen Systemtheorie und Marxismus, denn andererseits waren beide durchaus miteinander kommunikationsfähig, da ihnen gleichermaßen ein - wenn auch wissenschaftstheoretisch jeweils anders begründetes - Konzept von Gesamtgesellschaft als Ganzheit eigen ist. Nur auf dieser Basis war die Luhmann-Habermas-Kontroverse überhaupt möglich. Beide verstehen Gesellschaft als einen Gesamtzusammenhang und beschränken sich nicht nur analytisch auf die Untersuchung von Teilaspekten dieser Gesellschaft, wie es die "Positivisten" bevorzugen, mit dem Argument, nur die Teile, nicht das irgendwie nebulöse Ganze seien beobachtbar.

Marxistische Forschung und Lehre gewann in den Politik- und Sozialwissenschaften allerdings nicht die beinahe allgegenwärtig erscheinende Stellung, wie es von manch' interessierter Seite in der Öffentlichkeit dargestellt wurde und wird. An einigen Universitäten war und ist sie sicherlich verstärkt vertreten (und zwar gerade nicht an denen, wo sie dem allgemeinen Vorurteil nach dominant sein müßten); insgesamt stellt sie jedoch eine Minderheitenposition dar, die als Bestandteil eines pluralistischliberal organisierten Wissenschaftssystems, das sich zum Grundsatz das Prinzip der Toleranz auferlegt hat, und als befruchtendes Element der wissenschaftlichen Diskussion überhaupt zu respektieren und freudig zu begrüßen ist. Nichts ist schlimmer für Wissenschaft als das ständige Einerlei einer allgegenwärtigen Übereinstimmung.

Glücklicherweise war die innermarxistische Diskussion selbst sehr kontrovers und nur in einigen Bereichen vom orthodoxen Marxismus der DDR ("Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" Stamokap- Theorie) bestimmt. Aber auch diese Theorie ging - Marx-kritisch und quasi revisionistisch, d.h. marxsche Aussagen ändernd - von einer relativen und zeitweiligen Stabilisierung des kapitalistischen Gesellschaftssystems aus, die durch eine enge Kooperation von Staat und wirtschaftlichen Monopolen bewirkt werde. Das widersprach den Krisen- und Zusammenbruchsprognosen von Urvater Marx!

Bedeutender als diese DDR-Theorie war (und ist) eine Kritische Theorie (Adorno/Horkheimer) in allen ihren Variationen. Sie geht - darin eigentümlicherweise in Übereinstimmung mit der Stamokap- Theorie - von der so von Marx nicht prophezeiten relativen Stabilität des kapitalistischen Systems

aus (es kam nicht zur proletarischen Revolution) und erklärt dies u.a. durch das verstärkte Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess (Stichwort: Staatsinterventionismus, Sozialhilfe), wodurch z.B. Struktur- und Konjunkturkrisen in ihrer Schärfe (Massenarbeitslosigkeit) abgemildert werden. Diese Selbststabilisierungsfähigkeit des Kapitalismus, wie sie schon der sozialdemokratische Theoretiker Eduard Bernstein zum Entsetzen seiner Partei um 1900 analysiert hatte - war für Adorno und Horkheimer Anlaß, pessimistisch quasi das Ende des Geschichtsprozesses in einer durchaus saturierten, durch die "Bewußtseinsindustrie" (Medien) manipulierten und alles in allem verwalteten und unfreiheitlichen Welt vor auszuschauen ("Kapitalismus" und vormaligen "Kommunismus" gleichermaßen umfassend). Es gebe keine Zukunft mehr, keinen Fortschritt hin zu mehr Freiheit, da alles gleichermaßen in der herrschaftlich verwalteten, organisierten und bürokratisierten Welt einer irgendwie kapitalistisch stabilisierten Gesellschaft ende, die in den Köpfen der Bevölkerung als ewige, nicht änderbare Institution durch die Medien von Radio und insbesondere von Fernsehen als unabänderlich verankert werde. Auch das ehemals revolutionäre Proletariat sei in die Gesellschaft integriert und saturiert, ökonomisch befriedigt. Erst recht so in den kommunistischen Diktaturen - eine Konvergenz, ein Sich-Annähern von Kapitalismus und Kommunismus in einem System der glücklichen, weil ökonomisch zufrieden gestellten Unfreiheit - so die beiden Herren Ende der 60er.

Aber was sollen solche Theorien, wenn sie 20 Jahre später schon nichts mehr wert sind? Besser ist es daher, sich zu beschränken, auf den Menschen, wie er war und immer sein wird. Das erleichtert realistische Prognosen und macht es unmöglich, dass z.B. manche Professoren in der Disziplin der Internationalen Politik vom Terrorangriff auf New York am 11.9.01 überrascht waren. Wenn man weiß, dass der Mensch auch böse ist, hätte man immer damit rechnen müssen.

Jüngere Vertreter des Marxismus und dessen moderneren Versionen halten demgegenüber eine Reform öder Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation mit all ihren Ungerechtigkeiten für möglich. Noch die Studentenrevolte 1967/68 hatte - auf der Basis der Schriften von H. Marcuse - dieses Annahme zur Grundlage und hielt u.a. akademische Gruppen, "Outsiders" im allgemeinen, Penner, Säufer und Verwahrloste für das revolutionäre Subjekt, das die Revolution vollbringen könne. Habermas geht hier realistischer vor. Er differenziert in seitdem ständig wiederholten Varianten - im Gegensatz zu Marx, aber in Anlehnung an gewisse systemtheoretische und phänomenologische Ansätze - zwischen der Produktionssphäre einer Gesellschaft, die gänzlich der kapitalistischen Rationalität, dem Gewinnprinzip, unterworfen werden könne, auf der einen Seite, und der Sozialsphäre auf der anderen Seite, wo dies nur begrenzt gelingen könne, da das menschliche Bewußtsein und Handeln wegen seiner Gebundenheit an nicht hintergehbaren, unaufhebbare (apriorische)

Normen nur begrenzt "kolonisierbar" und beherrschbar sei, nur begrenzt der kapitalistischen Ziel-Mittel-Rationalität, dem Profitprinzip unterworfen werden könne: Wir wollen halt nicht nur wirtschaftlich genug haben, sondern auch persönliche Ziele, geheime Wünsche, Sinn verwirklicht sehen. Die Reibungen zwischen diesen unterschiedlichen Sphären könne - so Habermas - zu Konflikten führen, die zumindest einen emanzipatorischen, gesellschaftsüberwindenden, freiheitsorientierten Kontrapunkt zur kapitalistischen Profit-Logik zu setzen und vielleicht sogar diese Gesellschaft zu überwinden vermögen. Verwiesen wird auf die Vielzahl von Bürgerbewegungen, heute „Zivilgesellschaft“ genannt.

Offe sieht Konflikte vor allem in der Reproduktionssphäre einer Gesellschaft (Erziehung, Infrastruktureinrichtungen, Freizeit, usw.) aufbrechen, da dem Kapitalismus die Stabilisierung der Produktionssphäre (Eindämmung von Arbeitslosigkeit) mit ihren erheblichen staatlichen Aufwendungen (Staatsverschuldung) nur auf Kosten der Reproduktionssphäre gelungen sei – so in den 70ern. Vereinfacht gesagt: man hat so viel Geld ins kriselnde Ruhrgebiet gepumpt, um die von Arbeitslosigkeit direkt bedrohten und aufbegehrenden Kumpel zu beruhigen; zu Lasten u.a. der Universitäten, wo nur noch gespart wird. Hier, im Reproduktionsbereich, brächen nun die Krisen als Teilkrisen - wegen der unbefriedigten Wünsche der Bürger - um so stärker aus (Bürgerinitiativen, Umweltschutz-Bewegung, Aktionen gegen Lehrermangel usw.). Die als Folge dieser Entwicklungen vorhergesagte "Legitimations(=Glaubwürdigkeits-)krise des Kapitalismus" ist jedoch bisher ausgeblieben, denn Politik und Politiker der Bundesrepublik Deutschland werden zwar nach einer Reihe von Skandalen skeptischer betrachtet, aber es kann in keiner Weise davon die Rede sein, daß die Bürger nicht mehr an die Funktionsfähigkeit des politischen Systems insgesamt glauben würden.

Insgesamt ist jedoch die marxistische Kontroverse und ihr Sturmangriff auf das Wissenschaftssystem in den 80er Jahren – schon vor Untergang der UdSSR - eigentümlich abgeebbt und in kleinere Zirkel abgedrängt worden. Überhaupt kann man gegenwärtig von einer Entideologisierung der Politikwissenschaft sprechen - mit all den daraus folgenden Vor- und Nachteilen: einerseits mehr Gelassenheit, aber auch die Gefahr zynischen Wertverlustes. Die großen Ideologien und Konzepte, die alles erklären wollten, sind passé - und man wendet sich wieder begrenzteren Fragestellungen und Forschungsprojekten zu. Diese Entwicklung hat natürlich eine gewisse Fragmentierung, Binnendifferenzierung und Zerklüftung von Forschung und Lehre zur Kehrseite, es fehlt nun der alles umgreifende, auch normative Zugriff - ähnlich, wie wir das auch in der Physik oder Geographie beobachten können: Jeder Forscher hat nun wieder seinen kleinen Acker, z.B. das Verbandswesen in der Bundesrepublik, den er intensiv bearbeitet und gegen Eindringlinge erbittert verteidigt. Die Beziehungen z.B. der einen Teildisziplin (z.B. der Ideengeschichte) zur Teildisziplin der "Internationalen Politik" sind gering, zumal eine beide

Bereiche umfassende Theorie, wie sie noch der Marxismus darstellte, nun fehlt. Das ist nicht unproblematisch, da so die Frage nach dem Sinn von Politik und Wissenschaft leicht aus dem Blick gerät und die Forschung von außen missbraucht werden kann.

Wissenschaftssoziologisches

Die Universität im Griff des Staates – oder: Das Ende der traditionellen Hochschulen: Einige Horrorstories aus der Wissenschaftspolitik, gesammelt in der Zeit der Jahrhundertwende 2000

Seit Beginn des neuen Jahrhunderts erleben wir eine Entwicklung, staatlicherseits die Universität indirekt stärker zu regulieren, indem sie in eine scheinbare Freiheit vom Staate entlassen und dem Zwang des Marktes überlassen werden, denn die Budgets sind leer. Die Hochschulen sollen sich vermehrt selbst finanzieren (Studiengebühren, Drittmittel für Forschungsprojekte usw.) Sie sollen dabei auf einem Markt im Wettbewerb stehen und so kunden=studentenorientierter werden. Eine wesentliche Maßnahme, mit der die Universitäten „reformiert“ werden sollten, mit der aber stets auch so etwas wie Wissenschaftsfreiheit gefährdet ist, war die seit Beginn 2000 bestehende Möglichkeit, ihre Studierenden – natürlich die besten und zahlungskräftigen - selbst auswählen zu können. Damit sollten sich die Universitäten autonom im internationalen Wettbewerb profilieren können – das waren die neuen Ziele. Aber die meisten Universitäten nahmen dieses Recht meist nicht wahr (nur 33 von 300 Staats-Unis), weil sie ohnehin nur einen Teil (20%) der Bewerber – und nur in den elf zulassungsbeschränkten Fächern - selber auswählen können – so seinerzeit das neue Hochschulrahmengesetz (HRG). Dafür schien ihnen der Aufwand zu hoch, so dass es weitgehend beim bestehenden - zentralisierten - ZVS-Verfahren blieb. (vgl. Süddeutsche Zeitung 4.1.2000) Eine der wenigen Unis, die damit begann, war die private von Witten-Herdecke. Wichtigstes Kriterium war hier weniger das Wissen, sondern die Persönlichkeit. Die Kriterien schienen jedoch eher undurchsichtig.

Das HRG ist deshalb so zurückhaltend, weil das Bundesverfassungsgericht (BuVerG) in mehrfachen Urteilen entschieden hat, dass den Studierenden das Recht der freien Studienplatzwahl garantiert ist (Art. 12 GG). Nur für bestimmte Fächer wie Sport und Musik, bei denen Begabung eine Rolle spielt, sind Selektionen erlaubt. Aus diesen Gründen entscheidet die ZVS auch nicht über das Ob, sondern nur über das Wann und Wo der Studienaufnahme. Diese Beschränkung kritisierte der Präsident der Rektorenkonferenz, Landfried. Als Vorbild galten ihm Großbritannien, Japan oder Dänemark. Allerdings vergaß er dabei, dass die meisten Professoren das ablehnten, weil das Auswählen doch erhebliche Zusatzarbeit bringen würde. Generell konnte man sagen, dass das Auswahlverfahren immerhin die Zahl der Abbrecher reduzierte. Ohne ein